

Resolution

Für eine Willkommenskultur in M-V

MV ist ein weltoffenes Land¹. Einwanderung ist auch in diesem Land eine Realität und so wird es auch in der Zukunft bleiben. Wie die Entwicklung der demografischen Situation zeigt, wird Einwanderung ein wichtiger Faktor für dieses Land sein. In vielen Kommunen und Regionen des Landes wird der Tourismus die wichtige Einnahmequelle bleiben. Die Frage stellt sich, ob MV bereit ist, sich der Herausforderungen zu stellen, um ein attraktives Einwanderungsland zu werden?

Wir stellen fest, dass man in unserem Land bis jetzt sehr wenig in diese Richtung getan hat. Willkommenskultur, kommunale Öffnungsprozesse finden heutzutage kaum oder nicht statt. Erst vor kurzem hat man in solchen Städten wie Rostock angefangen, sich mit dieser Problematik auseinanderzusetzen. Zum ersten Mal wurde das Thema im April dieses Jahres im Landtag behandelt².

In verschiedenen Regionen, mindestens in einem Sektor der Gesellschaft, überwiegt eine Unwillkommenskultur. Die problematische Errichtung von Asylbewerberheimen in verschiedenen Landkreisen ist nur ein Beispiel für die vorhandene Situation. Vorurteile gegenüber MigrantInnen und der immer noch latente Rassismus bilden große Hürden auf dem Weg zu einer Willkommenskultur in diesem Land.

Die Konferenz der Migrantenselbstorganisationen aus MV fordert alle Akteure der Gesellschaft, sich für den Aufbau einer Willkommenskultur in MV einzusetzen. Die Konferenz fordert die Landesregierung, den Aufbau einer Willkommenskultur als strategische Zielrichtung ihrer Politik einzustufen, mehr Mittel und Ressourcen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen und rechtliche Hürden, die den Aufbau einer Willkommenskultur bremsen, abzuschaffen.

Einstimmig angenommen während der 7. Konferenz der Migrantenselbstorganisationen aus MV, Wolgast, 16.06.2013

¹ Konzept der Integration von MigrantInnen in MV, 2006.

² Für eine Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern - Menschen mit Migrationshintergrund bereichern unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben
Der Landtag, Drucksache 6/1758, 10.04.2013